

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung.

Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Preisprophet Nr. 27



Telegr.-Adr.: Zeitung

Erscheint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend
Nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementpreis pro
Monat 0.40 RM. frei ins Haus, ein schließlich der Beilagen „Mein Garten“,
„Die Frau und ihre Welt“, „Der heitere Alltag“, „Reise und Erholung“,
„Unterhaltungsbeilage“. Durch die Postanstalten und Briefträger be-
tragen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.

Anzeigen werden die Leihspalten 3 mm hohe (Betit.) Zeile oder deren
Raum mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung
entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pf. Beilagen
für Plak., Datenordner und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmehöhe
für Plak. und Anstalt beträgt 15 Pf. Zeitungsbeilagen werden billigst
berechnet. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am M. am 20. 2. 1932

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzert. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzert, Spangenberg

Nr. 15

Dienstag, den 2. Februar 1932

25. Jahrgang.

Gleiche Sicherheit.

Deutschland auf der Abrüstungskonferenz in Genf.

— Berlin, 2. Februar.

In Anwesenheit von 64 Delegationen aus allen Staa-
ten der Erde beginnt am heutigen Dienstag in Genf die
große Abrüstungskonferenz des Völkerbundes. Zur gleichen
Zeit aber, da die Minister und die Vorkonferenz sich an den
Verhandlungstisch setzen, tobten auf den Straßen in der
Weltmapp, donnern in Ostalen die Kanonen, kreuzen
Bombengeschwader eines Völkerbundesstaates über den
Häuptern des anderen, werden sich Menschen, von Granat-
splittern getroffen, in heftigen Zuckungen.

Dieses Zulamentreffen zweier Ereignisse, von denen
das eine dem Frieden dienen soll, während das andere
den Krieg bedeutet, ist keineswegs zufällig. Seine letzte
Ursache hat es vielmehr darin, daß auch im Zeitalter des
Völkerbundes und der Kriegsschlichtungsverträge jederzeit ein
Konflikt ausbrechen kann, wenn in dem Kräfteverhältnis
benachbarter Staaten, deren Interessen sich schneiden, ein
offenes Mißverhältnis besteht. Aber das ist nicht die einzige
Ursache, die wir den Kämpfen um Schanghai entnehmen können.
Die Kriegsschiffe, die England und die Vereinigten
Staaten ihre Protektorate nachgefolgt haben, und die von
japanischer Seite erfolgte Drohung mit dem Austritt aus
dem Völkerbund zeigen uns, daß der Bruch des Friedens
zwischen zwei Staaten jederzeit internationale Ver-
mittlungen heraufbeschwören kann.

Bilden diese Feststellungen nicht die beste Rechtfertigung
der deutschen Forderung nach einem ehrlichen und schnellen
Ausgleich der großen Rüstungsunter-
schiede? Kann besser dargelegt werden, daß es tatsächlich
nur eine Sicherheit gibt, nämlich die allgemeine, und daß
jede Begünstigung einer Staatengruppe nur Gefahren in
sich birgt? Die deutsche Delegation für Genf: Gleiche Frei-
heit, gleiche Rechte, gleiche Sicherheit müßte
daher gerade anstatt der Ergebnisse in Ostalen zur
Hauptforderung aller Staaten werden, die wirklich den Frieden
und nicht wie die französische Abrüstungsdelegation es
erneut ausgesprochen hat, den Status quo, die augenblicklichen
und durch nichts zu rechtfertigenden Grenzen sichern wollen.

Und hier politisch so finden die deutschen Forderungen
ihre rechtliche Stütze in den Bestimmungen der Völker-
bundcharta und ferner in dem Teil V des Verlailler „Ver-
trages“, der bestimmt, daß nach der deutschen Abrüstung
auch die übrigen Unterzeichner des Verlailler Vertrages ihre
Rüstungen herabsetzen müssen. Außerdem kann es zwischen
den Mitgliedern eines Völkerbundes nur ein Recht geben
oder gleiche Grundrechte für alle Mitgliedsstaaten. Wäre es
andern, dann würde der Völkerbund — der nur als eine
Organisation gleichberechtigter Staaten lebensfähig ist —
glatz den Boden unter den Füßen verlieren.

Die Verhandlungen in Genf werden sich nach allem,
was man bisher darüber gehört hat, sehr in die Länge
ziehen. Es sollen vier Ausschüsse gebildet werden, nämlich
ein Auswahlschuss, eine Kommission für die Seerüstungen,
ein Ausschuss für Fragen der Luftfahrt und schließlich ein
— sehr bedeutender — politischer Ausschuss. Da diese Aus-
schüsse sämtlich erst nach der Generalausprache in Tätigkeit
treten können, ist ein Erfolg der Arbeiten also erst in Mo-
naten zu erwarten. Die Entscheidungen jedoch werden nicht
solange auf sich warten lassen. Das Schicksal der Ab-
rüstungskonferenz ist vielmehr bereits dann besiegelt, wenn
die Mächte sich nicht bereits gleich zu Anfang der Verhand-
lungen dahin festlegen, daß der Vertrag, der von den Aus-
schüssen ausgearbeitet ist, für alle Staaten gleichmäßig
gelten muß und im Rahmen des Konventionsent-
wurfs der Vorbereitenden Kommission unfehligen Ange-
dens nicht erreicht werden kann.

Für Deutschland jedenfalls kann dieser Konventions-
entwurf als geeignete Verhandlungsgrundlage niemals in
Frage kommen. Mutet uns dieser Entwurf doch nichts
weniger zu, als die nachmalige freiwillige Unterzeichnung der
einseitigen Abrüstungsbestimmungen des Verlailler Ver-
trages; ferner befürwortet er Vereinbarungen, die die Ab-
rüstung zu einer bloßen Komödie machen müßten. Der Kon-
ventionsentwurf ist hiß weder die Schaffung entmilitarisierter
Zonen bei den anderen Staaten, noch das Verbot der all-
gemeinen Dienstpflicht und damit der ausgebildeten Reser-
ven noch Verbote der Mobilisierungsvorbereitung oder der
militarischen Jugendausbildung vor. Ebenfalls enthält
er ein Verbot derjenigen Waffengattungen, die Deutschland
verboten sind, also der schweren Geschütze, der Tanks und
sonstiger, die der Luftwaffe nach der Unterbeboote.

Den anderen Völkern soll also nach diesem Konven-
tionsentwurf alles das gestattet sein, was Deutschland durch
den Verlailler Vertrag verboten worden ist und was ihm
durch den Konventionsentwurf weiterhin verboten bleiben
soll. Der Konventionsentwurf würde also die Situation
der Rechtsungleichheit und der ungleichen
Sicherheit Deutschlands nicht im geringsten än-
dern, sondern geradezu verewigen.

Wie bisher, so wird dieser unehrliche Entwurf deshalb
auch in Genf auf ein unerträgliches Nein Deutschland's
stoßen. Das deutsche Volk ist nicht gewillt, die „Sicherheit“
der anderen Staaten durch seine eigene Unsicherheit zu ge-
währleisten, sondern es verlangt, um es noch einmal zu

Ostkongflikt verschärft

Amerikas Pazifik-Flotte nach China unterwegs. — Japan droht mit dem Austritt aus dem Völkerbund.

Amerikas Pazifik-Flotte nach China unterwegs. — Japan droht mit dem Austritt aus dem Völkerbund.

In Washington fand eine Kabinettsitzung statt, in der
auch der Oberkommandierende der amerikanischen Hochsee-
flotte, Admiral Pratt, teilnahm. Es wurde beschlossen, auf
die dringende Forderung des amerikanischen Generalkon-
suls in Schanghai sofort die im Pazifischen Ozean befindliche
Flotte unter dem Befehl des Admirals Tacyo von Manila
auf den Philippinen nach China zu entsenden. Ferner wurde
das 31. Infanterieregiment und 400 Marineinfanteristen nach
China beordert.

Die Atlantik-Flotte der Vereinigten Staaten ist
mit 65 Fahrzeugen von Kalifornien nach Hawaii in See ge-
gangen. Es wird ausdrücklich betont, daß die Flotte nur
zu den planmäßigen Manövern auslaufen ist.

Der Vorkonferenz der Vereinigten Staaten in Tokio leste
im japanischen Außenministerium scharfe Verwahrung
wegen der Vorfälle in Schanghai ein. Die Vorkonferenz En-
glands und Italiens haben sich dem amerikanischen Sch-
ritt angeschlossen. Der russische Vorkonferenz hatte eine einstündige
Unterbrechung mit dem japanischen Außenminister.

Der Vertreter des japanischen Außenministeriums,
Nagao, erklärte der japanischen Presse, daß die Ausprache
in Genf über den japanisch-chinesischen Konflikt die gesamte
apanische Öffentlichkeit enttäuscht habe. Der Völkerbund
habe die politische Lage im Fernen Osten gar nicht verstan-
den. Eine Anwendung der Artikel 15 und 16 des Völker-
bundsstatuts gegen Japan komme nicht in Frage, da die
apanische Regierung China keinen Krieg erklärt habe und
die Truppen nur da seien, um China zu zwingen, seinen
Verpflichtungen gegenüber Japan nachzukommen.

Sollte der Völkerbund die Vorschläge zur Anwendung
der Artikel 15 und 16 annehmen, so würde die japanische
Regierung gezwungen sein, aus dem Völkerbund auszu-
treten. Zu diesen Erklärungen bemerkt die gesamte japanische
Presse, daß auf der Sitzung der Seijutai-Partei, der auch das
japanische Kabinet teilweise angehört, beschlossen wurde,
aus dem Völkerbund auszutreten, falls dieser Schritte gegen
die japanische Politik in der Mandchurei unternehmen
sollte.

Das japanische Kriegsministerium teilt in diesem Zu-
sammenhang mit, daß die japanische Armee „keinen Krieg
mit dem chinesischen Volke führe und nur bestrebt sei, die
Ruhe und Ordnung in der Mandchurei wiederherzustellen.“
Zur Fortführung der militärischen Operationen hat die japa-
nische Regierung weitere zwei Millionen Pfund bemittelt.

Die chinesische Regierung hat drei neue Noten
an den Völkerbund gerichtet. Wie verlautet, will
China auch die Einberufung einer außerordentlichen Voll-
versammlung des Völkerbundes beantragen.

Standrecht in Schanghai und Nanjing.

— Schanghai, 2. Februar.

Die japanischen Marinebeförden in Schanghai melden,
daß ihre Bemühungen, mit den Behörden und den aus-
ländischen Militärbesatzhabern eine Vereinbarung über die
Errichtung einer neutralen Zone herbeizuführen, fehlgeschla-
gen seien, da die Chinesen den Waffenstillstand „erneut“
gebrochen hätten. In der vergangenen Nacht seien die
japanischen Seefahrer von den Chinesen mit Geschütz- und
Gewehrfeuer angegriffen worden, so daß es wieder zu
schweren Kämpfen gekommen sei.

Dieser japanischen Darstellung muß im Interesse einer
objektiven Berichterstattung entgegengehalten werden, daß
der viereinhalbstündige Waffenstillstand bislang nur in der
Theorie bestanden hat. Lieberens soll auch der englische Ge-
neral Fleming ernste Einwände gegen die Errichtung einer
neutralen Zone erhoben haben.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung kam es zu einer
ergänzlichen Unterhaltung zwischen Hoffmann und Leo Sla-
ret. Hoffmann sagte: „Ich habe überhaupt nicht gerne Selbst
getrunken.“ Leo Slaret: „Dann habe ich Sie wohl ver-
führt.“ Hoffmann: „Warum wollen wir uns eigentlich
immer gegenseitig den Suppentopf vorhalten. Ich habe
schon neulich eine Postkarte bekommen, auf der ein Su-
pentopf gemalt war.“ Rechtsanwalt Bohn:

Intermezzo im Sklarek-Prozess.

Leo und Hoffmann unterhalten die Zuschauer. — „Der
Bantdirektor sieht nicht im Papiertragen.“

— Berlin, 2. Februar.

Im Sklarek-Prozess wurden die Zusammenhänge, die die
Stadtbanddirektoren von den Sklareks erhalten haben, fol-
len, weiter erörtert. Dabei hielt der Vorlesende dem Stadt-
banddirektor Schmidt vor, daß er 3000 Mark Reingewinn
und weiter 5000 Mark als Spesen und für Propaganda-
zwecke erhalten hätte.

neral Fleming ernste Einwände gegen die Errichtung einer
neutralen Zone erhoben haben.

Die chinesische Regierung hat eine Mitteilung heraus-
gegeben, in der die Verlegung der Hauptstadt von Nanjing
nach Copang bestätigt wird. In der Mitteilung drückt fer-
ner die chinesische Regierung das Vertrauen aus, daß die
anderen Mächte nicht tatenlos zusehen, wie die Gerechtigkeit
mit Füßen getreten werde. Man könne von keiner Nation
erwarten, daß sie das Selbstbehaltungsrecht aufbebe.

Die beiden chinesischen Generäle Tialingtai, der Kom-
mandeur der 19. Armee, und Taichi, der Befehlshaber der
Shanghai- Garnison, haben nach Nanjing gemeldet, daß
sie den Japanern bis zum Tode Widerstand leisten werden.

Die chinesischen Generale Feng und Jenschichan
richteten einen Aufruf an das chinesische Volk, in dem es
heißt, daß die politische Lage in Schanghai und Chabin
von dem chinesischen Volk den ganzen Einfluß der nationalen
Kräfte erfordere, um gegen den japanischen Imperialismus
zu kämpfen.

Es geht jetzt nicht nur um das Schicksal Schanahais
und Chabins, sondern um das Schicksal der Einheit Chinas.
Die beiden Generäle erklären schließlich, daß sie ihre Trup-
pen mobil machen werden für den Kampf gegen Japan.

In den Straßen Schanahais herrscht eine wilde Un-
ordnung. Ambulanzen, Feuerwehren mit Polizeisten, die die
Revolver schußbereit halten, fahren durch die Straßen der
internationalen Niederlassung. Der in Schapel bisher an-
gerichtete Schaden wird auf etwa 20 Millionen Mark ge-
schätzt. Mehrere Warenhäuser und Fabriken sind vollkom-
men niedergebrannt. Auch ein Schauspielhaus und ein
Lichtspiel-Theater sowie eine Reihe von Palästen reicher
Chinesen sind dem Feuer zum Opfer gefallen.

Am bedrohlichsten erscheint im Augenblick die Tatsache,
daß Schanghai vollständig isoliert ist, und die Lebensmittel,
deren Preise bereits um 50 Prozent gestiegen sind, nur noch
wenige Tage ausreichen.

In der internationalen Niederlassung ist das Standrecht
erklärt worden. Von abends 10 Uhr bis morgens 4 Uhr
darf sich niemand auf den Straßen zeigen. Öffentliche Ver-
sammlungen sind verboten.

Das Postamt der Fremdenstadt besetzt.

Eine Verschärfung hat die Lage in Schanghai nun noch
dadurch erfahren, daß japanische Truppen das Zentralpost-
amt der internationalen Niederlassung besetzt haben. Zur
Begründung wurde angeführt, im Postamt hätten sich chine-
sische Scharfschützen aufgehalten. Der Shanghai- japanische
Besatzte lehrte von Besprechungen aus Tokio nach
Schanghai zurück und wies alle japanische Frauen und Kin-
der in Schanghai an, die Stadt sofort zu verlassen.

Vorstoß gegen Nanjing.

In Nanjing ist das Standrecht erklärt worden. Es
strafen fünf japanische Zerstörer ein, die ihre Geschütze auf
das besetzte Gebiet Nanjings richteten. Die Ankunft der
neuen japanischen Kriegsschiffe rief unter den Einwohnern
Nanjings eine Panik hervor, da man befürchtete, daß die
Japaner die Stadt beschießen wollten. Tausende von Ein-
wohnern verließen die Stadt fluchtartig. Der amerikanische
Konsul verließerte jedoch, daß die japanischen Kriegsschiffe
das Feuer nicht eröffnen würden, „falls sie nicht von chine-
sischer Seite angegriffen würden“. Die Chinesen arbeiten
sieberhaft an der Befestigung ihrer Verteidigungsstellungen.
Sie werfen Schützengräben aus und fahren schwere Artil-
lerie sowie Luftabwehrgeschütze in Stellung.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung kam es zu einer
ergänzlichen Unterhaltung zwischen Hoffmann und Leo Sla-
ret. Hoffmann sagte: „Ich habe überhaupt nicht gerne Selbst
getrunken.“ Leo Slaret: „Dann habe ich Sie wohl ver-
führt.“ Hoffmann: „Warum wollen wir uns eigentlich
immer gegenseitig den Suppentopf vorhalten. Ich habe
schon neulich eine Postkarte bekommen, auf der ein Su-
pentopf gemalt war.“ Rechtsanwalt Bohn:

„Der Stadtbanddirektor Hoffmann ist immer ein be-
scheidener Mann gewesen. Er trägt auch noch heute
Papiertragen, das Stück zu 25 Pfennig.“

Leo Slaret: „Wenn jemand Papiertragen trägt, dann ist
er überhaupt kein Bantdirektor.“ Unter allgemeiner Hei-
terkeit antwortete Hoffmann sehr erregt: „Herr Leo Sla-
ret, das will ich Ihnen nur sagen, der Bantdirektor sieht
nicht im Papiertragen, der sitzt im Kopf.“

Stellungskrieg in Schanghai

Die Chinesen behaupten die Stadt.

— Schanghai, 1. Februar.

Die Kämpfe um den Besitz von Schanghai dauern an. Zwanzig japanische Flugzeuge vollführten eine große Luftdemonstration über Schanghai und dem hinteren Bundeest. Das Ergebnis der Kämpfe in Schanghai besteht bisher darin, daß

die Chinesen die nordchinesische Bahnstation und den größten Teil des Stadtteils Schanghai trotz der heftigen und mehrfach wiederholten Angriffe der Japaner gehalten haben. Die Japaner haben sich auf eine geeignete Stellung zurückgezogen, wo sie sich eingegraben haben und auf weitere Verstärkungen warten. Der japanische Kreuzer „Tatsuta“ ist mit 1000 Seefoldaten bereits vor Schanghai eingetroffen. Weitere Verstärkungen an Bord von Flugzeugmutter Schiffen und anderen Kriegsschiffen werden erwartet.

Der japanische Admiral Schirowa hat geschworen, den Stadtteil Schanghai unter allen Umständen von den Chinesen zu säubern. Der weitere Vormarsch wird aber von dem Ausgang der Vermittlungsverhandlungen abhängen, die der englische Generalkonsul eingeleitet hat und die zu einer

Konferenz der chinesischen und japanischen Befehlshaber führen sollen. Auch die Chinesen erhalten laufend neue Verstärkungen. Japanische Seefoldaten und Rekruten haben die Tätigkeit der Polizei in dem Hongkong-Bezirk aufgenommen, wogegen die Stadtbehörden der internationalen Niederlassung bereits Protest erhoben haben. Eine japanische Patrouille hat Stellungen am Bund, etwa 200 Meter vom englischen Konsulat entfernt, an einer Brücke bezogen und bedroht von dort ihnen verdächtig erscheinende Chinesen mit Pistolenfeuern. Bewaffnete Rekruten besetzen einen Platz an der Penang-Robinson-Straße, die eigentlich in den englischen Verteidigungssektor fällt.

Mit großen Schwierigkeiten gelang es englischen Freiwilligen, die Japaner zu entfernen, aber erst nachdem Panzerwagen aufgeföhren waren. Amerikanische Seelenverkäufer drei bewaffnete japanische Zivilisten, weil diese von einem Platz hinter den amerikanischen Verteidigungsstellen auf den Stadtteil Schanghai feuerten.

Die chinesischen Kaufmannskreise unterstützen die Haltung der Regierung und sind besonders über das Bombardement eines Einbildungshaus empört, aus dem etwa 250 schwangere Frauen entfernt werden mußten.

Sapaner in der Fremdenniederlassung.

Unter dem Vorwand, daß chinesische Scharfschützen in einem Hotel im nördlichen Teil der Fremdenniederlassung verdeckt seien, forderten die Japaner die Hotelgäste zum Verlassen des Gebäudes auf und steckten dieses mit Petroleum in Brand. Das ist der erste Fall einer japanischen Aktion innerhalb der internationalen, nicht japanischen Niederlassung.

In Nanjing herrscht fieberhafte Aufregung und große Kriegsbegeisterung. Mehr als 50 000 Menschen umlagern die Eisenbahnstationen, von denen die Truppen nach Schanghai abfahren. Sie rufen in voller Begeisterung den Truppen ein Lebwohl und „Haltet Schanghai!“ zu.

Neue Bombenabwürfe.

Die japanische Telegraphenagentur Schimbun Rengo teilt mit, daß nach starker Beschädigung der japanischen Truppen durch die Chinesen japanische Flugzeugabwürfer einen neuen Luftangriff auf Schanghai unternahmen. Es wurden etwa 100 Bomben abgeworfen. Die von chinesischen Truppen besetzten Teile der Stadt Schanghai wurden vollkommen zerstört.

Keine Kriegserklärung Chinas.

Der Meldung einer britischen Nachrichtenagentur aus Schanghai zufolge lassen chinesische, der Nankingregierung nachstehende Kreise erklären, daß China nicht die Absicht habe, den Krieg an Japan zu erklären. Von einer amtlichen Entscheidung der Regierung in dieser Frage sei nichts bekannt. Sie betrachten den Aufmarsch Tschiangkaichangs, die mania zu erweisen, als eine bloße Geste.

Chinas Regierung verläßt Nanking.

Die chinesischen Regierungsbehörden haben ihren Sitz von Nanking nach Nankin in der Honan-Provinz verlegt. Die Vorbereitungen hierfür waren schon seit einigen Monaten getroffen, und die Staatsarchivare waren bereits vor einiger Zeit dorthin übergeführt worden. Ministerpräsident Wangschingwei und auch Tschiangkaichang haben sich angeblich dorthin begeben.

Rabiettsrat in Tokio.

Weitere Truppenentscheidungen beschlossen.

Am Sonntag trat das japanische Kabinett unter dem Vorsitz Aritais zusammen. In der Sitzung nahmen die Vertreter des japanischen General- und des Admiralstabes teil. Außenminister Tschijama erstattete Bericht über das diplomatische Vorgehen Englands und der Vereinigten Staaten.

Nach mehrstündiger Beratung erließ das japanische Kabinett die Ermächtigung, weitere Truppen nach der Mandchukurei und nach Schanghai zu entsenden, um dort die japanischen Interessen energig zu vertreten. Die japanischen Botschafter in Washington und London wurden ermächtigt, den Regierungen Englands und Amerikas mitzuteilen, daß Japan seine Kampfhandlungen nur auf das Chinesenviertel in Schanghai begrenzen wird.

Neue Kämpfe bei Charbin.

Nach einer russischen Meldung aus Charbin begannen neue Kämpfe zwischen den Truppen des Generals Schilka und den Truppen des ehemaligen Generals Dinschau um die Stadt Tschukot. Schilka verlangt die Uebergabe der Stadt binnen 48 Stunden und droht andernfalls mit einem Luftbombardement.

Wufung von Japanern befehlt.

Nach einer amtlichen russischen Meldung aus Schanghai wurde der chinesische Kriegsschiffen Wufung bei Schanghai durch die japanische Marine befehlt. Dort ist ein Geschwader, bestehend aus einem Panzerkreuzer und vier Zerstörern, eingelaufen. Die chinesischen Behörden leisteten keinen Widerstand.

Amerikanischer Protest.

Der amerikanische Botschafter in Tokio hat dem japanischen Außenminister Tschijama eine Protestnote wegen der Aufhebung der bei Schanghai gelegenen Funkstation der amerikanischen Gesellschaft Radio Corporalipn durch japanische Bombenflugzeuge überreicht.

Wiederankommen der Kämpfe.

Am Sonntagvormittag und in den frühen Nachmittagsstunden entpannen sich an mehreren Stellen der internationalen Niederlassung verschiedentlich erbitterte Gefechte zwischen Japanern und chinesischen Scharfschützen, die sich zum Teil in nächster Nähe des von englischen Truppen scharf bewachten englischen Konsulats abspielten, in dem die Waffenstillstandsbesprechungen stattfanden. Durch abtreibende Kugeln wurden mehrere Zivilpersonen verundet. Die Japaner umzingelten das in der internationalen Niederlassung gelegene flüchtige Krankenhaus, da sie behaupteten, daß sich in den umliegenden Gebäuden chinesische Scharfschützen verdeckt hätten. Mit Maschinengewehrfeuer vertrieben sie die Chinesen, aus ihren Häusern.

Auch im nördlichen Teil der internationalen Niederlassung entwickelten sich schwere Schießereien gegen chinesische Scharfschützen, die sich in die Dachkammern der Häuser gelassen hatten.

Die Japaner veranfaßten hierauf Durchsuchungen von Haus zu Haus und vertrieben aus hier die Chinesen, von denen etwa zehn getötet wurden.

Um 3 Uhr nachmittags begann eine heftige Beschädigung der japanischen Brückenwache im Geschäftsviertel der internationalen Niederlassung durch chinesische Scharfschützen. 17 Postwagen wurden mit japanischen Toten und Verwundeten beladen und fuhrten nach dem Hafen.

Im amerikanischen Verteidigungsabschnitt der internationalen Niederlassung wurden 27 japanische Marinefoldaten von amerikanischen Soldaten verhaftet.

Untersuchungsausschuß eingesetzt.

China protestiert.

— Genf, 1. Februar.

Der Völkerratsrat hat auf Vorschlag des Untersuchungsausschusses, einen neuen Untersuchungsausschuß gebildet, der aus den ständigen Vertretern der Ratstaaten in Schanghai zusammengesetzt werden soll und dem Völkerratsrat unverzüglich einen Bericht über den Verlauf und die Entwicklung der Ereignisse und den wärtigen Stand in Schanghai erstatten soll.

Der chinesische Vertreter protestierte dagegen, daß die Untersuchung sich ausschließlich auf die Ereignisse in Schanghai beschränke. Die chinesische Regierung verleiht dem Artikel 15 nicht allein wegen der Verletzung des japanischen Angriffs in der Mandchukurei. Die chinesische Regierung verlange, daß die Untersuchung auf den ganzen Konflikt ausgebeugt werde.

Stankung unter Feuer.

Bombardement durch einen japanischen Kreuzer.

— Washington, 2. Februar.

Wie der Kommandant des amerikanischen Zerstörers „Simfon“ aus Nanking meldet, hat der japanische Kreuzer „Hirado“ vom Jangtsekiang aus das Feuer auf die chinesische Hauptstadt Nanking eröffnet und etwa 50 Schiffe im Stadtgebiet abgebehen. Mehrere Häuser wurden beschädigt. Die chinesische Artillerie hat das Feuer auf den japanischen Kriegsschiffe erwidert. Ganz Nanking ist in Alarmzustand.

Wie von amerikanischer Seite berichtet wird, ist die Beschießung ohne jede Warnung erfolgt. Die japanische Flotte hat sich aus der Feuerzone entfernt, müssen infolge der Beschädigung der Stadt durch den japanischen Kreuzer sind Tausende von Zivilpersonen in die Außengebiete geflohen. Bei den japanischen Kriegsschiffen vor Nanking liegen japanische Matrosen an Land gefesselt worden. Die japanischen Truppen haben sich hinter den Stadtmauern verdeckt.

Vereinzelte Gefechte in Schanghai.

Am Montag kam es in Schanghai nur zu vereinzelten Gefechten zwischen Japanern und Chinesen. Auf beiden Seiten wurden Gebirgsgeschütze eingesetzt. Die Japaner warfen auch wieder einige Bomben ab. Einmal wurde eine japanische Seefoldaten in die internationale Niederlassung ein. Sie konnten jedoch von Engländern und Amerikanern ohne Blutvergießen zur Umkehr gezwungen werden. Am Montag sind in Schanghai wieder 2100 Mann japanische Marinefoldaten gelandet worden.

Die japanischen Seefoldaten haben das Hauptquartier in der internationalen Niederlassung wieder eingenommen. Das Gebäude wurde von einer russischen Freiwilligen-Abteilung besetzt. Am Montag fand man mehrere amerikanische Zerstörer von Nanking nach Schanghai ausgelassen.

Auch Kanton besetzt.

600 japanische Matrosen gelandet. — Ultimatum in Moskau.

— Moskau, 2. Februar.

Nach einer Meldung der Sowjet-Telegraphenagentur wurden am Montag in Kanton 600 japanische Matrosen Land gelandt. Die Matrosen übernahmen sofort die Verwaltung des japanischen Konsulats und der staatlichen Gebäude.

Wie er erst jetzt bekannt wird, hat der japanische Generalkonsul in der südchinesischen Hafenstadt Swatow den Behörden ein auf 48 Stunden befristetes Ultimatum gestellt, in dem verlangt wird, daß die japanischen Vereinigungen sofort aufgelöst und umfangreiche Maßnahmen zum Schutze des japanischen Handels getroffen werden. Falls die Forderungen nicht innerhalb der gestellten Frist erfüllt sein sollten, wird Swatow von japanischen Truppen besetzt werden. Die Antwort der chinesischen Behörden ist noch nicht bekannt. Vier japanische Zerstörer sind nach Swatow unterwegs.

Swatow ist ein zwischen Hongkong und Amoy gelegener chinesischer Hafenort, der für die japanische Flotte nach Süddchina von großer Bedeutung ist.

Karl der Große

ROMAN VON WOLFGANG MARKEN

VERHEBER-RECHTSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU SA.

(19. Fortsetzung.)

„Ich hätte Ihnen Komplimente nicht zugetraut, Herr Große.“

„Komplimente? Das ist nur eine Feststellung, gnädiges Fräulein. Komplimente sind immer faß und verlogen.“

„Werden Sie mir aber auch immer sagen, wenn ich Ihnen nicht gefalle?“

„Wenn Sie es wünschen, gern.“

Die Türe ging auf. Bolle sah Große entsetzt an.

Denn Manfred, Evelyn und Dina, alle drei hochrot vor Erregung, traten ein.

„Wir wollen dich einmal allein sprechen,“ sagte Manfred und wandte sich Herrn Große zu. „Ich darf wohl bitten, Herr Große.“

Schon schied sich Karl an, das Zimmer zu verlassen, als Bolle energig sagte: „Herr Große bleibt! Ich möchte es!“

„Die Angelegenheit ist familiärer Natur!“

„Herr Große hat sich eben in einer Familienangelegenheit meiner angenommen. Mit seinen Fäusten! Er bleibt! Was wollt ihr von mir?“

„Wir verlangen, daß Herr Große, der sich in unsere familiären Angelegenheiten eindringt, entlassen wird.“

Bolle wurde müde.

„Herr Große bleibt, solange er und ich es wollen. Das merk dir.“

„Er hat meinen Mann mißhandelt!“ schrie Evelyn auf.

„Ueber Bolles Füße glitt es wie Schandenfreude und Spott. „Deinen Mann den großen Boxer Evelyn der mich mit Gewalt zwingen wollte daß ich ihm die Hand gebe! Dankbar bin ich Herrn Große. Ich weiß, daß er alle meine Verurteile alle Schuldbrunnen laßt weitergeben. Ich arbeite und murle und ihr gebt das Geld aus. Ne, ne, Kinder, das geht nicht so weiter.“

„Wir... wir haben ein Recht darauf, daß du uns standesgemäß leben läßt. Der Besitz gehört der Familie. Wir sind alle Ruinier. Du hast kein Recht, es uns vorzunehmen.“

„Dawohl,“ fiel Dina ein. „Wenn Mann sagt es auch wir sind deine Kinder. Du hast soviel Geld, daß wir standesgemäß leben können.“

Und so ging es weiter. Elmer überdachte den anderen. Bolle ließ sie reden.

Große verzog keine Miene bei dieser widerlichen Szene. Die Jüngste aber stand rot vor Scham an des Vaters Seite. Das tat man ihm, der sein Leben lang für sie gekämpft hatte, an!

Endlich hielt es Große nicht mehr aus.

Als Manfred eine Pause machte, sagte er mit klarer, schneidender Stimme: „Herr Bolle, geben Sie mir einen Schnaps! Mir wird übel.“

„Ich führe zusammen bei des Mannes Worten.“

„Ich verbitte mir jede Einmischung!“ fauchte Manfred.

„Herr Bolle,“ sagte Große wütend, „ich bedaure, daß ich jetzt nicht an Ihrer Stelle bin.“

„Was was würden Sie dann tun?“ fragte ihn Bolle.

„Ich würde daran denken,“ begann Große, „daß ich ein ganzes Leben im Schweiß meines Ansehens geschuftet habe, und daß alles, was heute steht, mein Wert ist, daß der Besitz mein ehrlich erworbenes Eigentum ist, das keinem anderen auch nur das geringste Eigentum ist, und ich würde daran denken, daß jeder Großen, den ich meinen erwachsenen Kindern gebe, ein Almosen ist, das sie empfangen wie Bettler.“

Ein dreifacher erregter Entrüstungsschrei erschallte.

„Aber Große fuhr noch grimmiger fort: „Und wenn meine Kinder so zu mir kommen würden wie jetzt die Ihren, Herr Bolle, würde ich sie — mit Peitsch zu schlagen — hinauswerfen und ihnen keinen roten Heller mehr geben. Das würde ich tun!“

Die beiden jungen Frauen überschütteten den Sprecher mit Vorwürfen.

„Aber Bolle nicht ihm ernst zu.“

Dann schritt der Vater zur Türe, riß sie auf und sah seine Kinder an.

„Bitte!“ sagte er kurz.

Das wirkte. Ein Rest von Scham war noch in ihren Herzen. Sie verließen stumm das Zimmer.

Bolle aber wandte nach seinem Sessel und ließ gelassen Hauptes.

Große sah, wie er mit sich kämpfte. Er fühlte, wie sehr es den aktiven Mann getroffen hatte, und empfand tiefes Mitleid mit ihm.

„Herr Bolle!“ sagte er leise.

Der alte Herr sah zu ihm empor, lächelte dann bitter und sagte: „Sind Sie mit Ihrem Vater auch mal so umgesprungen, lieber Große?“

Karl schüttelte den Kopf.

„Ich glaube, darüber wird sich mein Vater nie zu beklagen gehabt haben. Kopf hoch, Herr Bolle! Jetzt liegt es an Ihnen.“

„Ich will Sie um Gottes willen nicht verhehlen,“ sagte Bolle. „Ich muß Sie zum Einbruch.“

„Ihren Kindern trotz allem kein schlechter Kern steht.“

„Sie müssen das Gute in ihnen wieder wecken und das Böse.“

„Sie nur, wenn Sie Ihre Kinder und Ihre Schwiegerkinder zwingen, daß sie sich auf eigene Füße stellen und daß sie lernen, eine Familie zu ernähren. Das hätten Sie doch früher tun müssen.“

Bolle überhörte diesen Vorwurf nicht.

„Das ist es eben. Ich bin im Grunde genommen ein Mensch, der es so leicht bekommen ist. Aber Sie haben recht. Ich muß nun anders werden.“

Dabei leuchtete sein Gesicht wieder froh auf.

Dann sah er auf seine jüngste Tochter, die betreten im Geldschrank stand.

Bolle lachte verächtlich. „Du... Grete! Wolltest du Geld von mir?“

Das Mädchen wurde verlegen. Sie drückte, aber als sie die Augen Karls auf sich gerichtet sah, sagte sie beschämt: „Ja, ich wollte... dreihundert Mark haben.“

„Nur, wenn du sie mir gern gibst und wenn du mir sagst, daß sie deine eigenen sind.“

Bolle sah seine Nichte bemerkt an.

„Komm mal her, Madell!“ sagte er weich.

Sie folgte der Aufforderung und trat heran.

„Grete,“ sagte Bolle, „hier sind dreihundert Mark. Sie geb dir sie gerne. Es ist so, wie ich das Geld um das ich handelte. Ich geb dir's so gerne. Daß ich das Geld weggeworfen habe, das ist's nicht, was mich bekümmert.“

„Ne, was ganz anderes: daß ich das immer so selbstverleugert angehehen habe, daß ich um Abstellen und ihr um Geld ausgehen da leid, das hat mich gemüht. Und... daß ich Geld euch alle mit entfremdet habe. Was habt ihr damit gefangen?“

„Habt ihr es euch wirklich Nutzen gebracht?“

„In die Tüte. Nur schlechter ist alles geworden. Siehe Grete, ich hab nicht dagegen, daß du dich auf angiebst, das kann ich nicht, aber ich möchte mich in bishen drüber freuen.“

„Und das kann ich nicht, wenn du immer in den modischen Ruh und so angemalt kommst. Da hab ich mich in dein Gesicht geliebt, wo du der kleinen Grete, die ich hab's nicht gefunden. Siehe Grete, ich möchte so gerne wissen, warum ich mich eigentlich so geplatzt habe. Aber... das würde vielleicht gar nicht verfehlen.“

(Fortsetzung folgt.)

Der Volksturnwart
J. H. Ansell

Widerruf der Schuldfrage.

Vom Erzbischof von Port in einem Abrüstungs-Gesandtschaftsgeheim.

— Genf, 2. Februar.

Der Erzbischof von Port, William Tempier, zweiter Stellvertreter des englischen Königreiches, hielt anlässlich der Eröffnung der Abrüstungskonferenz einen Weisendienst ab, in dem er eine schriftlich festgelegte Rede rein politischen Charakters hielt. Der Gottesdienst, dem der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, der Führer der englischen Abordnung, Außenminister Thomas, Lord Robert Cecil und zahlreiche Mitglieder der verschiedenen Abordnungen beizuhören, hat größtes Aufsehen erregt.

Der Erzbischof verlor während den entscheidenden Teil der berühmten auf der Versammlung der Konferenz abgehaltenen Manifestation der alliierten Mächte, in der die allgemeine Abrüstung als eine Ehrenverpflichtung der alliierten Mächte bezeichnet und erklärt wird, daß die Entwaffnung Deutschlands den Beginn der allgemeinen Abrüstung einzuleiten habe. Der Erzbischof betonte, daß die Abrüstung eine internationale, sämtliche Mächte bindende Verpflichtung darstelle.

Zur Sicherheitsfrage erklärte er, das Verlangen nach Sicherheit wäre zwar gerechtfertigt, aber diejenigen Mächte, die bereits über die notwendigen Sicherheitsgarantien verfügten, dürften die Sicherheit nicht denjenigen Mächten verweigern, die heute keine Sicherheit hätten. Die internationalen Verträge dürften zwar nur mit Zustimmung beider Vertragsparteien geändert werden, aber die heute bestehenden internationalen Verträge enthielten unhaltbare Bedingungen.

Hierzu gehörte in erster Linie die Kriegsschuldfrage. Diejenigen Mächte, die diese Klausel geschaffen hätten, müßten jetzt selbst freiwillig diese Klausel wieder auslöschen. Bis 1918 die Kriegsschuldfrage geschaffen wurde, schien es einzig und allein denkbar, daß sie nur während einer kurzen Frist gelten könnte. Jetzt könnte diese Klausel nicht mehr weiter aufrechterhalten werden. Die Schuld am Krieg treffe nicht eine einzelne Macht, nicht denjenigen Staat, der das Jüdisch-Ins-Fire war, sondern diejenigen, die den Jüdisch-Ins-Fire zusammengetragen haben.

Schwarzes und weißes Elfenbein

Seit Jahrhunderten war es in Afrika üblich, daß namentlich arabische Händler, die vom Norden her tief ins Innere eindringen, dort ihrer besseren Bewaffnung die Regenerzeugung terrorisierten. Sie zwangen die Stämme zur Ablieferung des gesammelten und erlegten Elfenbeins, und wenn bei dem einen Stamm nichts mehr zu holen war, verkauften sie seine Angehörigen an andere Stämme gegen Elfenbein. Sie preßten die Regier zum Elfenbeintransport bis zur Küste, wobei der Fünftel der Beute umkamen, der Rest wurde mit dem Elfenbein verkauft, denn nur so war der Elfenbeinhandel rentabel. Die Stoßzähne des Elefanten wurden schon im Altertum zu Schmuckgegenständen verarbeitet. Doch trieben die Römer, später auch die Portugiesen solchen Raubbau damit, daß die erreichbaren Elefantenherden fast ausstarben. Mit der Erschließung Afrikas gelang es, die Produktion der Nachfrage anzupassen. Heute kommt das meiste Elfenbein aus dem Kongo, dem Oberen Sudan, dem Tanganikagebiet und Portugiesisch-Afrika. An

der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts wurden jährlich 40 000 bis 100 000 Elefanten erlegt, von 1900 bis 1915 etwa 25 000. Genaue statistische Daten darüber gibt es nicht. Die größten Stoßzähne im Gewicht von 225 und 223 Pfund wurden 1898 in Deutsch-Südwestafrika gefunden. Das Durchschnittsgewicht nimmt jetzt dauernd ab; vor 50 Jahren war es noch 90, jetzt beträgt es nur noch 55 Pfund. Der Stoßzahn des Elefanten wächst während seiner ganzen Lebenszeit. Er hat in der Mitte einen Nervenzweig, dessen Spure man als dunkle Fäden auf entgegengesetzten Seiten der Stoßzahnspitze sehen kann.

Die Reform der Sozialversicherung.

Der Entwurf des Reichsarbeitsministeriums fertigt ab. Die Grundzüge des Entwurfs für die Reform der Sozialversicherung sind von dem Sachbearbeiter im Reichsarbeitsministerium fertiggestellt worden. Sie sollen nun mit den beteiligten Stellen, Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sowie den Behörden sowie den Parteien durchgesprochen werden. Die drei wichtigsten aufgeworfenen Fragen sind: Wollen die Leistungen der Versicherungen herabgesetzt werden? Kann man sich noch einen so großen Apparat für die Verwaltung der verschiedenen Versicherungszweige leisten, wie er in der glücklichen Zeit aufgebaut worden ist? Wollen die Stellen, die in erster Linie die Kosten der Versicherung tragen, mehr als bisher an den Verwaltungsaufgaben beteiligt werden?

Stechbrief gegen die Gymnasienmörder.

— Berlin, 2. Februar.

Gegen die drei Personen, die des Mordes an dem Schüler Nortus verdächtig sind, ist Stechbrief erlassen worden. Die Verdächtigen halten sich noch in Berlin auf. Dem Vernehmungsrichter wurden bisher fünf Personen unter der Verhuldung des Landfriedensbruchs und der Teilnahme am Mord an dem Schüler Nortus vorgeführt. Gegen die Vorgeführten ist Haftbefehl ergangen.

Der Zusammenbruch der Eb. Zentralbank

Aus Anlaß des Zusammenbruchs der Evangelischen Zentralbank G. m. b. H., Berlin, hat die Staatsanwaltschaft Anlage gegen den früheren Leiter der Bank, den Kaufmann Paul Rund, und gegen dessen Bruder, den Diplomaten Adolf Rund, erhoben. Dem Angeklagten Paul Rund wird das Verbrechen der fortgeführten Depotunterschlagung, ferner Bilanzverschleierung und fortgesetzter Betrug zum Nachteil der Kunden der Zentralbank zur Last gelegt.

Schnellzug Paris—Mailand entleert.

— Paris, 2. Februar.

Der internationale Schnellzug Paris—Eyon—Mailand ist bei Montereau südlich von Paris entleert. Der Heizer wurde getötet. Die Reisende wurden verlegt. Die Lokomotive stürzte um, und die drei folgenden Wagen wurden durch den plötzlichen Anprall stark beschädigt und schoben sich zum Teil ineinander. Die Verletzten sind zum größten Teil auf Glasplatten zurückzuführen. Der Zustand der Verletzten ist nicht befriedigend.

Hindenburg besucht die „Grüne Woge“

— Berlin, 2. Februar.

Reichspräsident von Hindenburg stattete am 2. Februar im Vorjahre so auch diesmal der „Grünen Woge“ einen Besuch ab. Zur Begrüßung des Reichspräsidenten waren anwesend: Reichsminister Schiele, Staatsminister von der See, Oberbürgermeister Dr. Sahn, der Direktor der Landesbank, Albert Wilsch, der Leiter der „Grünen Woge“, Hans-Jürgen von Hafe, der Präsident des Reichsarbeitsministeriums, Adolf Friedrich, Herzog zu Mecklenburg, der Brandenburgerische Landwirtschaftsminister, sowie eine Reihe Vertreter der Landwirtschaftlichen Verbände. Bei der eingehenden Besichtigung der Ausstellung übernahmen die Landwirte die Aufgabe, die Gäste und Gernlein die fachkundige Führung.

Besonders anerkennend sprach sich der Reichspräsident über die Bedeutung der „Grünen Woge“ als Weisung für die deutsche Landwirtschaft aus.

Entlassungen in Ostober-Hessen?

— Kassel, 2. Februar.

Die Betriebsbeschränkungen in der Ostober-Hessen-Industrie wollen immer noch kein Ende nehmen. Die Betriebe haben die Bemannungen der Riemer, Emmer, Lötter und Müllerei-Grube beim Demobilisationsamt für die Genehmigung zur Entlassung von insgesamt 1000 Arbeitern dieser Betriebe beantragt. Auch in der Eisen-Industrie sind neue Entlassungen geplant. Die Kasselwägerei AG. will bei der Bismarckhütte bei der Vereinigten Königs- und Laurahütte 100 Arbeiter entlassen.

An der Frage des Generallisten hat der Betriebsrätekonferenz der Gewerkschaften eine Entscheidung gefallt. Es wurde festgelegt, bis zum 6. März eine geheime Urabstimmung in den einzelnen Gruben durchzuführen. Auf dem Betriebsrätekonferenz wurde beschlossen, ein etwaiger Generallistenstreik stark anzuweisen.

Stahlhelm gegen Sahn-Ausflug

Auch der Reichslandbund lehnt ab.

— Berlin, 2. Februar.

Oberbürgermeister Dr. Sahn-Berlin hat eine Abreise ins Ausland zur Bildung eines Ausschusses aufgegeben, die die Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten betreffen soll. Dem Beirath zu diesem Ausschuss haben u. a. Stahlhelm und der Reichslandbund abgelehnt.

Zur Stellungnahme des Stahlhelms teilt das Amt mit: „Der Erste Bundesführer des Stahlhelms, Dr. Sahn, hat dem Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahn mitgeteilt, daß er sich nicht in der Lage sehe, dem von Sahn geplanten Ausschuss für die Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg beizutreten. Die Stellungnahme, die sich übrigens mit der des Reichslandbundes deckt, ist nicht gegen den Generallistenstreik von Hindenburg. Der Stahlhelm erblickt jedoch weder in Dr. Sahn die geeignete Persönlichkeit, noch in dem von ihm beabsichtigten Ausschuss das geeignete Mittel für die Befreiung der Reichspräsidentenwahlfrage.“

Dankagung

Statt Karten.

Zahlreich waren die Beweise der Teilnahme während der Krankheit und beim Tode unserer Mutter. Mögen es ständige Gedanken, stille Gebete, freundliche Wünsche, gute Worte oder sichtbare Hilfestellungen gewesen sein: wir sagen allen herzlichsten Dank.

Lehrer G. W. Mann u. Frau

Elberfeld, den 1. Februar 1932.

KAUFEN SIE

sämtliche KLEINEISENWAREN von A—Z wie:

- Anwärte
- Häuser
- Chubbvorhangschlösser
- Drahtspanner
- Einschieben
- Fallen
- Gartengeräte
- Hämmer
- Jähschächel
- Kaffeemühlen
- Löffel
- Mauerkeilen
- Nothaken
- Oleerhänge
- Pflanzen
- Quasten
- Riege
- Schlaufen
- Türriegel
- Unterlegscheiben
- Vogelrollen
- Werkzeuge
- X-Haken
- Zangen

NUR BEI

**GEORG KLEIN, EISENWAREN
SPANGENBERG**

Sie genießen billige Preise

Gemüsekonserven

H. Mohr.

Für Donnerstag empfehle ich:

la. gr. Bücklinge
und Sprossen

Karl Bender, Spangenberg.

Grünspecht - Aexte

mit dem Fabrikzeichen haben folgende Vorzüge:
**Hervorragende
Schnittfähigkeit**
deshalb große Leistung bei geringem
Kraftaufwand. Kein Ausbrechen,
kein Umlegen der Schneide.
Garantie für jedes Stück!

**Georg Klein, Eisenwaren,
Spangenberg**

Mittwoch früh:

la. Schellfisch, Filet, grüne Heringe
Lachs in Anschnitt, Sardellen
Schmandheringe

H. Mohr.

Bürgervereins-

Versammlung

Die Mitglieder des Bürgervereins werden zu einer Versammlung auf **Mittwoch, den 3. Februar**, um 8 1/2 Uhr abends bei Gastwirt Wilhelm Siebert im „Grünen Baum“ eingeladen.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Um pünktliches Erscheinen wird dringend gebeten.

Der Vorstand.

Hustenbonbons

empfehlen

Karl Bender

Salz in Säcken

offert billigst

H. Mohr.

Mittwoch früh:

**fr. Schellfische
gr. Heringe**
Karl Bender.



Gesangverein

„Kunst und Lust“

Dienstag Abd. 8 1/2 Uhr

1. Vokal

Mittwoch Abd. 8 1/2 Uhr

2. Vokal

Donnerstag Abd. 8 1/2 Uhr

2. Tenor

Freitag Abd. 8 1/2 Uhr

1. Tenor

Ort: Schule

Der Vorstand, 11 bis 2. Gm. u. Eisenbahnstraße

Die Erhebung des Stromgeldes

für den Monat Januar 1932 ist der Donnerstag, den 4. und Freitag, den 5. Februar 1932 in der Zeit von 8 bis 10 Uhr statt. Das Stromgeld ist abzugeben bei den dafür bestimmten Geldstellen (Zahlung von Gemeindeforderungen) bleibt die Stadtasse an den Gebeten geschlossen.

Spangenberg, den 2. 2. 1932.

Die Stromkasse.

Chorverein

„Vereinsleben“

Aus besonderer

Veranlassung

Donnerstag abd. 8 1/2 Uhr

Gesangstunde

Der Vorstand

Bauschu

von C. Mohr, Progt. frei

Polierkunst und Vorbereitung

auf die Weiterprüfung

Der Vorstand, 11 bis 2. Gm. u. Eisenbahnstraße